

Seite 2

Region

Um das Milizsystem zu erhalten, müssen die Anreize steigen

KILCHBERG Vier Fachpersonen diskutierten am 1. Kilchberger Forum vom Dienstagabend über die Grenzen des Milizsystems. Dass dieses Bestand haben soll, war nicht umstritten. Wie die Anreize für öffentliche Ämter aber aussehen sollen, darüber gingen die Meinungen auseinander.

Wie gelingt es, möglichst viele Personen für ein politisches Anliegen zu interessieren? Am Rezept dafür tüfteln politisch Engagierte schon lange und oft erfolglos, wie die leeren Säle bei vielen Podiumsdiskussionen belegen.

Am Dienstagabend ging das Rezept wohl wegen der fachlich ausgewiesenen Podiumsteilnehmer und des brisanten Themas auf: Nahezu 70 Personen fanden sich im Hotel Belvoir in Rüschlikon ein, um mehr über die Zukunft und die Grenzen des Milizsystems zu erfahren. In ihren Vorträgen analysierten Lukas Golder, Co-Leiter des Sozialforschungsinstituts GFS Bern, und Martin Tschirren, stellvertretender Direktor des Schweizer Städteverbands, die gesellschaftlichen Trends und ihre Folgen für das Milizsystem.

Die Schweizer seien stolz auf ihr Milizsystem, darauf also, dass Politiker fast aller Ebenen ihre Aufgaben im Nebenamt erfüllen, sagte Golder. Die Generation im Alter zwischen 16 und 25 Jahren zeige wieder verstärkt Interesse an Politik. Im Widerspruch dazu gestaltet es sich vor allem für kleine Gemeinden schwierig, Exekutivmitglieder zu finden. Die Bevölkerung ist mehr unterwegs, arbeitet nicht mehr, wo sie lebt, und die Bereitschaft, sich freiwillig zu engagieren, nimmt ab, orteten Golder und Tschirren als Gründe, dass politische Ämter so schwierig zu besetzen sind. Die Folge des Desinteresses sind mehr Fusionen, Schlafgemeinden und eine den Politikern entfremdete Gesellschaft.

Mehr finanzielle Anreize

Das Milizsystem abzuschaffen, stand für die Teilnehmer der anschliessenden Diskussionsrunde ausser Frage, Gemeinden zu fusionieren, unter Umständen schon. Gemeinderätin Tina Neuenschwander (FDP), Jörg Kündig (FDP), Gemeindepräsident von Gossau und Präsident des Zürcher Gemeindepräsidentenverbandes, sowie die beiden Referenten waren der Ansicht, dass die Anreize, Milizpolitiker zu werden, steigen müssen. Mehr Spielraum finanzieller Art, mehr Kompetenzen und eine professionelle Verwaltung würden die Attraktivität auf Gemeindeebene erhöhen, sagte Tschirren.

Für Exekutivmitglieder wichtige Anreize sind laut den beiden Politikern in der Runde, strategisch mitbestimmen zu können, interessante Aufgaben zu haben und gewürdigt zu werden. Das genüge als Anreiz nicht mehr, wandte Golder ein. «Politiker sollten besser entschädigt werden», forderte er, was

in der Runde wie im Publikum nicht auf Gegenliebe stiess. Einig waren sich die Diskussionsteilnehmer auf die entsprechende Frage von Pascale Menzi, ehemalige «Tagesschau»-Moderatorin, dass die Jugend politisch stärker sensibilisiert werden sollte. Neuenschwander würde ein Pflichtfach Politik einführen, während Golder die Jungbürgerfeiern für obligatorisch erklären und die Politik digital mit neuen Kanälen flexibilisieren würde.

Vorträge wie Diskussion dürften dem Publikum aus politisch Interessierten keine neuen Erkenntnisse geliefert haben. Dafür war das Thema zu breit gefasst.

Organisator Patrick Marty von der Kilchberger FDP zeigte sich dennoch zufrieden mit seinem «Lackmustest», wie er den Anlass bezeichnete. «Uns geht es darum, einen Weg zu finden, wieder näher an die Bevölkerung zu kommen und politische Themen erfahrbar zu machen», sagte er. Dass die FDP sich auf dem Einladungsflyer nicht als Organisatorin des Kilchberger Forums outete, habe damit zu tun, dass man unterschiedliche Leute habe ansprechen wollen, sagte Marty.

Die FDP überlegt sich, ab jetzt jährlich ein Kilchberger Forum zu organisieren, an dem nationale Themen lokal heruntergebrochen werden. Rahel Urech